

12. Dezember 2024



Steuern + recht newsflash

Wichtige Änderungen in Recht und Gesetz

Diskussionsentwurf für ein Mindeststeueranpassungsgesetz

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat am 5. Dezember 2024 einen zweiten Diskussionsentwurf für ein Mindeststeueranpassungsgesetz (MinStAnpG) an die Verbände zur Stellungnahme bis zum 31. Januar 2024 gesendet. Neben diversen Anpassungen im Mindeststeuergesetz (vgl. [Newsflash](#) vom 6. Dezember 2024) sieht der Entwurf eine Reihe von sog. Begleitmaßnahmen insb. im Einkommen-, Außen- und Investmentsteuergesetz vor, die nun Gegenstand dieses Newsflashs sind. Ziel dieser Maßnahmen ist ausweislich der Entwurfsbegründung die Vermeidung von Steuerbürokratie und von Doppelbesteuerung.

Änderungen im Einkommensteuergesetz

Abschaffung der Lizenzschranke (§ 4j EStG)

§ 4j EStG sieht eine (ggfs. anteilige) Nichtabzugsfähigkeit von an Nahestehende geleisteten Lizenzaufwendungen vor, wenn die entsprechenden Lizenzerträge einer von der Regelbesteuerung abweichenden präferenziellen Niedrigbesteuerung unterliegen und die Präferenzregelung nicht dem sog. Nexus-Ansatz der OECD entspricht. Die Regelung soll nach dem vorliegenden Entwurf gestrichen werden und gemäß § 52 Abs. 8c Satz 3 EStG-E letztmals für den Veranlagungszeitraum 2024 Anwendung finden.

Begründet wird die Abschaffung einerseits damit, dass mittlerweile der von der OECD gewährte Übergangszeitraum zur Abschaffung oder nexus-konformen Anpassung von Präferenzregelungen abgelaufen ist und andererseits die globale Mindestbesteuerung eingeführt wurde, sodass es für eine international nicht abgestimmte Maßnahme wie die Lizenzschranke keine Rechtfertigung mehr gibt.

Abschaffung des Abzugsverbots bei Sonderbetriebsausgaben mit Auslandsbezug (§ 4i EStG)

Gestrichen werden soll auch § 4i EStG, der ursprünglich eingeführt wurde, um im Vorgriff auf die Schaffung von Maßnahmen gegen hybride Gestaltungen dem doppelten Abzug von Sonderbetriebsausgaben im In- und Ausland entgegenzutreten.

Mit der Schaffung von § 4k EStG ist die Vorschrift laut Entwurfsbegründung mittlerweile redundant geworden, weil alle Sachverhalte, die unter § 4i EStG fallen, auch unter § 4k EStG fallen.

Deshalb soll die Vorschrift laut Begründung ab dem VZ 2025 abgeschafft werden. Eine explizite Anwendungsregelung - wie im Kontext der Abschaffung von § 4j EStG vorgesehen - sieht der Entwurf derzeit noch nicht vor.

Änderungen im Außensteuergesetz

Anpassung der Freigrenzen für gemischte Einkünfte (§ 9 AStG)

§ 9 AStG enthält sog. absolute und relative Freigrenzen im Hinblick auf die Anwendung der Regelungen zur Hinzurechnungsbesteuerung bei gleichzeitigem Vorliegen aktiver und passiver Einkünfte (gemischte Einkünfte). Werden beide Freigrenzen für passive Einkünfte nicht überschritten, kommt es nicht zu einer Hinzurechnungsbesteuerung. Die bereits seit Langem bestehende und bisher nicht inflationsbereinigte absolute Freigrenze für passive Einkünfte soll von derzeit EUR 80.000 auf EUR 250.000 erhöht werden. Zudem soll die relative Freigrenze von derzeit 10% im Einklang mit der ATAD auf ein Drittel erhöht werden.

Die Erhöhung der Freigrenzen soll nach § 21 Abs. 8 Satz 1 AStG-E erstmals für den Veranlagungs- bzw. Erhebungszeitraum anzuwenden sein, für den Zwischeneinkünfte hinzuzurechnen sind, die in einem Wirtschaftsjahr der Zwischengesellschaft oder der Betriebsstätte entstanden sind, das nach dem 31. Dezember 2021 beginnt.

Anpassungen an die Regelungen für den Kürzungsbetrag (§ 11 AStG)

§ 11 AStG sieht die Gewährung eines sog. Kürzungsbetrags vor, mit dem eine Doppelbesteuerung aus der Hinzurechnungsbesteuerung einerseits und der Besteuerung von nachfolgend erzielten Dividendeneinnahmen oder Veräußerungsgewinnen aus der Zwischengesellschaft andererseits verhindert werden soll.

Nach aktuellem Recht wird ein Kürzungsbetrag gewährt, soweit der „Bezug“ (bzw. der Veräußerungsgewinn) steuerpflichtig ist, was bei Anwendung der Vorschriften des § 8b Abs. 1 und 2 KStG zu einem Kürzungsbetrag von Null führt. Nicht berücksichtigt wird derzeit der Umstand, dass 5% der nach den vorgenannten Vorschriften steuerbefreiten Bezüge bzw. Gewinne nach § 8b Abs. 3 bzw. 5 KStG als nicht abziehbare Betriebsausgaben im Ergebnis der Besteuerung unterliegen.

Mit der nun angedachten Neuregelung soll mit Blick auf die hinzugerechneten Beträge nach § 8b Abs. 3 bzw. 5 KStG nunmehr insoweit ein Kürzungsbetrag gewährt werden. Hierdurch soll laut Begründung eine Einmalbelastung nur in Höhe des Hinzurechnungsbetrags sichergestellt und eine erneute Belastung mittels der Besteuerung nichtabzugsfähiger Betriebsausgaben vermieden werden.

Daneben soll in einem neuen § 11 Abs. 6 AStG-E die Anwendung des § 11 AStG in Organschaftskonstellationen nunmehr ausdrücklich geregelt werden. Danach soll der Ansatz des Kürzungsbetrags unter entsprechender Anwendung der Absätze 1 bis 4 der Vorschrift auf Ebene der Organgesellschaft erfolgen. Laut der Entwurfsbegründung soll damit vermieden werden, dass die Organgesellschaft zwar einerseits Hinzurechnungsadressat ist, die Anwendung des § 11 AStG jedoch (zumindest) nach derzeitiger Verwaltungspraxis auf Ebene des Organträgers stattfindet. Dieses Auseinanderfallen soll die Neuregelung vermeiden.

Die Anpassungen in § 11 AStG sollen nach § 21 Abs. 8 Satz 2 AStG-E erstmals für den Veranlagungs- bzw. Erhebungszeitraum 2022 anzuwenden sein.

Rückwirkende Abschaffung der erweiterten Hinzurechnungsbesteuerung bei Beteiligung an Kapitalanlagegesellschaften (§ 13 AStG)

In § 13 AStG findet sich derzeit die sog. „erweiterte Hinzurechnungsbesteuerung“ bei Beteiligung an sog. Kapitalanlagegesellschaften, die Einkünfte mit Kapitalanlagecharakter

erzielen. Erweitert ist die Hinzurechnungsbesteuerung deshalb, weil die Vorschrift auch dann greift, wenn keine Inländerbeherrschung i.S.d. § 7 AStG vorliegt.

Der zweite Diskussionsentwurf für ein Mindeststeueranpassungsgesetz sieht nun vor, diese Form der Hinzurechnungsbesteuerung in Gänze abzuschaffen. Begründet wird die Abschaffung einerseits damit, dass die ATAD keine Vorgaben für eine derartige Hinzurechnungsbesteuerung enthalte und diese somit unionsrechtlich nicht geboten sei. Andererseits sei die Administration der Regelung aus Sicht der Verwaltung wie auch der Steuerpflichtigen äußerst schwierig, weshalb die Hinzurechnungsbesteuerung insgesamt auf ihren Kern zurückgeführt werden soll.

Die Abschaffung soll rückwirkend ab Einführung der Regelung im Rahmen des ATAD-Umsetzungsgesetzes erfolgen, mithin ab dem Veranlagungs-/Erhebungszeitraum 2022 bzw. für Wirtschaftsjahre der Zwischengesellschaft/der Betriebsstätte, die nach dem 31.12.2021 beginnen. Um dies umsetzen, soll der Verweis auf § 13 AStG in der ursprünglichen Anwendungsregelung in § 21 Abs. 4 AStG gestrichen und in einem neuen § 21 Abs. 8 Satz 3 AStG-E geregelt werden, dass § 13 AStG in der am 1. Juli 2021 geltenden Fassung nicht anzuwenden ist.

Änderungen im InvStG

Auch im Investmentsteuergesetz sieht der vorliegende zweite Diskussionsentwurf für ein Mindeststeueranpassungsgesetz Änderungen vor. Insbesondere soll in einem neuen § 37 Abs. 1 Satz 3 InvStG geregelt werden, dass Hinzurechnungsbeträge nach § 10 AStG nicht in die Ermittlung der Einkünfte nach Satz 1 einzubeziehen sind. Die Neuregelung soll der Gleichstellung mit der Direktanlage, der administrativen Vereinfachung sowie der Vermeidung einer Schlechterstellung gegenüber ausländischen Spezial-Investmentfonds dienen und nach § 57 Abs. 12 InvStG-E erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden sein, die nach dem Tag der Verkündung des Mindeststeueranpassungsgesetzes beginnen.

Noch Fragen?

Dann sprechen Sie bitte Ihren PwC-Berater an oder senden Sie eine E-Mail.

E-MAIL SENDEN

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer für Sie tätigen Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.



Bestellung

Wenn Sie einen PwC-Newsletter bestellen, speichern und verarbeiten wir Ihre E-Mail-Adresse zum Zweck des Versands des von Ihnen abonnierten Newsletters.

Für neue Interessenten besteht die Möglichkeit, sich über den folgenden Link als Abonnent registrieren zu lassen:

ANMELDEN

Redaktion

Gabriele Nimmrichter
PricewaterhouseCoopers GmbH
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt am Main
Tel.: +49 171 7603269
gabriele.nimmrichter@pwc.com

Gunnar Tetzlaff
PricewaterhouseCoopers GmbH
Fuhrberger Straße 5
30625 Hannover
Tel.: +49 171 5503930
gunnar.tetzlaff@pwc.com

Datenschutz

Die Datenverarbeitung für den Versand des Newsletters erfolgt aufgrund der Grundlage Ihrer Einwilligung. Sie können den Newsletter jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen und Ihre Einwilligung damit widerrufen.

© 2024 PwC. All rights reserved. PwC refers to the PwC network and/or one or more of its member firms, each of which is a separate entity.

Please see www.pwc.com/structure for further details.